

Schulden ohne Ende: Droht dem Staat der Bankrott?

Konjunkturprogramme und Wirtschaftskrise verursachen weltweit Billionenkosten. Einigen Staaten fürchten schon die Pleite.

ALBRECHT SCHEUERMANN

Hannover. Es ist ein löbliches Unterfangen, abstrakte Vorgänge durch Bilder leichter begreifbar zu machen, im Prinzip jedenfalls. Das dachte sich kürzlich auch der Präsident des Bundes der Steuerzahler. „In Ein-Euro-Münzen gerechnet, kann man mit 140 Milliarden Euro eine Münzstraße legen, die 81-mal um den Äquator reichen würde“, sagte Karl Heinz Däke, um das Ausmaß der erwarteten staatlichen Neuverschuldung in Deutschland zu illustrieren. Hätte er Cent-Münzen genommen, wäre das Ergebnis noch weitaus eindrucksvoller gewesen.

Ob derartige Zahlenspielerien tatsächlich geeignet sind, die Abgründe des Staatshaushalts auszuleuchten, lässt sich bezweifeln. Richtig ist aber, dass die immer neuen Rettungspakete – nicht nur für Banken – weltweit die Defizite in den Staatshaushalten explodieren lassen. In den USA geht es inzwischen um unvorstellbare Beträge von mehr als 1000 Milliarden Dollar an neuen Schulden allein in diesem Jahr, das öffentliche Defizit erreicht mit mehr als acht Prozent bislang ungeahnte Größenordnungen. Ähnlich sieht die Lage in etlichen anderen Ländern aus. In der Europäischen Union sind die Briten in einer besonders kritischen Situation, ebenso die Griechen. Schlimm ist der Trend auch in vielen osteuropäischen Ländern, der Inselstaat Island ist tatsächlich pleite.

Im Vergleich dazu sind die öffentlichen Haushalte in Deutschland sogar noch in einer guten Verfassung. Das Land hat in den vergangenen Jahren – allen Kritikern zum Trotz – dank der Sozialreformen und der starken Wirtschaftsentwicklung an finanzieller Stärke gewonnen. Gleichwohl ist hier wie in den meisten anderen Ländern der Marsch in den Schuldenstaat im vollen Gange. Die Not kennt kein Gebot, die Krise keine Zurückhaltung mehr beim Ausgeben von Geld, das der Staat gar nicht hat.

Wer soll das alles bezahlen? Und wann ist ein Staat bankrott? Diese Fragen drängen sich auf. Letztlich ist es mit Staaten wie mit Unternehmen oder privaten Kreditnehmern: Schulden sind so lange kein Problem, wie der Schuldendienst tragbar ist. Deshalb ist die Forderung, dass Staaten zur Finanzierung ihrer Aufgaben überhaupt keine Schulden machen dürfen, ökonomisch kaum zu begründen. Schließlich fordert auch niemand ernsthaft, dass Unternehmen ihre Investitionen nur mit eigenen Mitteln, also ohne Bankkredite finanzieren dürfen – das wäre das Ende der modernen Volkswirtschaften.

Indessen lehrt die Erfahrung, dass Politiker die Möglichkeit der Kreditaufnahme allzu gern nutzen, weil andere Wege der Geldbeschaffung viel beschwerlicher sind – und sie schon lange in Pension sein werden, wenn das Rückzahlungsproblem dringlich wird. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach einer Schuldenbremse im Grundgesetz gut begründet.



„Ist das nicht der Steinbrück?“

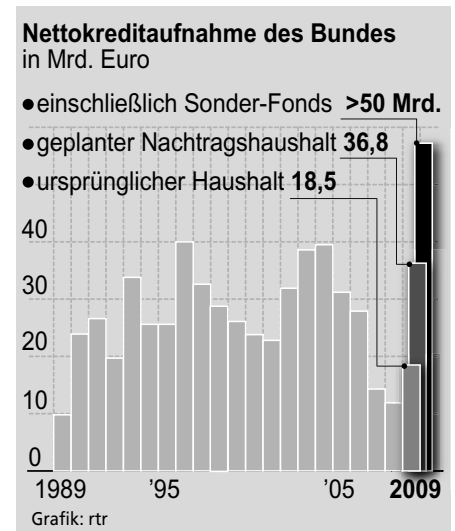
Sogar im Mutterland der exzessiven Verschuldung wird jetzt immer mehr Ökonomen und Politikern mulmig. Erst die Kosten des Irak-Krieges, dann die gigantischen Bankenrettungspakete, nun neue Konjunkturspritzen des neuen US-Präsidenten Barack Obama – alles wurde und wird mit immer neuen Schulden bezahlt. Allerdings sind die Amerikaner bislang generell viel laxer mit diesem Thema umgegangen. So gilt Konsum auf Pump dort anders als in Deutschland nicht als Notlösung, sondern als selbstverständlich.

Zu der Verschuldungsorgie hat in den vergangenen Jahren die US-Notenbank mit ihrer Politik des billigen Geldes maßgeblich beigetragen. Geholfen hat den Amerikanern beim Auftrümmen des Schuldenberges jedoch auch eine Besonderheit, die die USA von anderen Ländern unterscheidet. Die ganze Welt ist bereit, den Amerikanern Kredit in ihrer eigenen Währung zu geben – indem sie ihre Dollar-Staatsanleihen kauft und als Bezahlung für Lieferungen nach Amerika Dollar akzeptiert. So haben die Chinesen durch ihre Exporte nach Amerika gewaltige Guthaben in US-Währung angehäuft.

Solange die USA als erstklassiger Schuldner gelten, gibt es kein spürbares Problem. Und sogar heute ist das nach der Fall. Ablesen lässt sich dies an den Renditen der US-Staatsanleihen, die auf

Rekordtiefs gesunken sind. Nach wie vor finden sich also genügend Investoren, die den Amerikanern für wenig Zins gern ihr Geld geben. Deshalb konnte das Land auch jahrzehntelang problemlos mehr verbrauchen, als es selbst erzeugte.

Doch dies ist keinesfalls für die Ewigkeit garantiert. Anderen Ländern steht dieser bequeme, aber auch gefährliche Weg nicht offen. Was passiert, wenn ein Land sich im Ausland übermäßig verschuldet, zeigen die Beispiele von Argentinien und jetzt Island.



Grafik: rtr

Das Pfund verliert an Wert

Oppositionsführer David Cameron wirft dem britischen Premier Gordon Brown vor, Wirtschaftspolitik „wie ein kopfloses Huhn“ zu machen. Und selbst einige Labour-Hinterbänker grübeln sich schon bei dem Gedanken, daran, wie Brown mit dem Staatsgeld geradezu um sich wirft. Er will mit allen Mitteln verhindern, dass aus der Rezession eine katastrophale Depression wird und versucht es mit immer neuen Initiativen. 37 Milliarden Pfund kostete die erste Kapitalspritze für die Banken, 20 Milliarden Pfund das erste Konjunkturpaket, acht Milliarden gaben die Briten für weitere Konjunkturfürhen aus. Zudem hat die Regierung den Banken 400 Milliarden Pfund als Notkredit eingeräumt, 20 Milliarden wurden als Garantie für

Mittelstandskredite gegeben, zwei weitere vor zwei Tagen die kriselnde Autoindustrie.

„Wir können uns das leisten“, sagt Brown. Mit 57 Prozent des Bruttoinlandsprodukts haben die Briten die niedrigste Gesamtverschuldung der großen Industriestaaten. Dennoch: Das Haushaltsdefizit der Briten steigt in diesem Jahr voraussichtlich auf unerhörte sechs Prozent. „Wir werden bis 2030 an diesen Schulden zahlen“, analysierte der Leiter des angesehenen „Institut für Fiscal Studies“ (IFS) gestern. Schon im Schlussquartal 2008 schrumpfte die Wirtschaft um 1,5 Prozent. Das Pfund hat schon mit einer Abwertung von über 25 Prozent gegenüber Euro und Dollar reagiert.

MATTHIAS THIBAUT



GROSSBRITANNIEN

Die Blase ist geplatzt

Der Zusammenbruch kam aus heiterem Himmel. 2007 konnten die Baltischen Staaten noch mit zweistelligen Wachstumszahlen pröten, den höchsten der gesamten EU. Zwei Jahre später sind die Aussichten nirgends so schwarz wie in den baltischen Staaten. Um 6,9 Prozent soll das Sozialprodukt in Lettland in diesem Jahr schrumpfen, in Estland und Litauen ist die Lage nur unwesentlich besser. Ausgeglichene Staatshaushalte zählten bisher zu den wichtigsten Ambitionen der baltischen Regierungen. Jetzt hat Lettlands Regierung ein Budget vorgelegt, dessen Defizit fast fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) beträgt. Und das trotz dramatischer Sparmaßnahmen, die wütende Proteste auslösten: Haushaltskürzungen um bis zu 25 Prozent, die Mehrwertsteuererhebung um

drei Punkte auf 21 Prozent. Auch die Staatsverschuldung wächst rasant; 9,7 Prozent betrug sie in Lettland im Vorjahr, 2010 soll sie auf 43 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Die Blase ist geplatzt.

Der Aufschwung basierte vor allem auf einem durch Kredite finanzierten Konsum, auf einer nicht haltbaren Immobilienwertsteigerung und auf dem Transitgeschäft mit Russland, das wie kein anderes von politischen und wirtschaftlichen Konjunkturen abhängig ist. Vor Kurzem hoffte Riga, ein internationales Finanzzentrum zu werden. Jetzt musste der Staat die größte heimische Bank Parex übernehmen, der übrige Finanzsektor ist in den Händen skandinavischer Banken, die durch ihre leichtfertige Kreditvergabe einen großen Anteil an der jetzigen Pleite haben.

HANNES GAMILLSCHEG



LETTLAND

Das Sorgenkind der Euro-Zone

Giannis Papathanassiou, der seit Anfang Januar amtierende neue griechische Wirtschafts- und Finanzminister, ist nicht zu beneiden: Die Haushaltsdefizite explodieren, der Schuldenberg wächst, die Konjunktur bricht ein. Vor allem aber kämpft der neue Minister mit dem Mistrauen der Finanzmärkte. Nachdem die Ratingagentur Standard & Poors jetzt dem Land mit der Note „A-“ die schlechteste Kreditwürdigkeit aller Eurostaaten verpasste, muss Papathanassiou für seine Staatsanleihen rund drei Prozent mehr Zinsen bieten als sein deutscher Kollege Peer Steinbrück. Die Finanzkrise deckt die Schwächen der griechischen Volkswirtschaft schonungslos auf: eine lähmende Staatsbürokratie, wachsende Defizite in der Sozialversicherung und bei

vielen Staatsbetrieben, ein anachronistisches Steuer- und Arbeitsrecht, grassierende Korruption. Größte Hypothek des Landes sind die strukturellen Defizite des Haushalts: 40 Prozent der Steuereinnahmen gehen für Gehälter drauf, 22 Prozent für die Rentenkassen und 20 Prozent für den Schuldendienst. Kein Wunder, dass Griechenland seit seinem Beitritt zur Eurozone erst einmal, nämlich 2006, die Defizitvorgabe des Stabilitätspakts von höchstens drei Prozent des BIP einhielt – obwohl die griechische Wirtschaft in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich wuchs. Die Staatsverschuldung dürfte in diesem Jahr auf 96,2 Prozent vom BIP steigen. Weil in den guten Jahren nicht gespart wurde, fehlt jetzt, in der Krise, das Geld für Konjunkturspritzen. GERD HÖHLER



GRIECHENLAND

Schönrechnerei um die Kosten der Einheit

VON MICHAEL M. GRÜTER

Berlin. Die Bundesregierung ringt um ihre Glaubwürdigkeit. Jahrelang rangierte der Weg aus dem Schuldenstaat weit vorn auf der Tagesordnung. Nun geht die Bundesregierung zur Abwehr der Rezession die höchste Neuverschuldung in der Geschichte ein und versichert zugleich, dass das keine Abkehr vom Ziel des Schuldenabbaus bedeute. Das ist nicht leicht zu vermitteln. Dabei ist Glaubwürdigkeit gerade in der Krise wichtig für die Zuversicht im Land.

Nicht von ungefähr mahnte Bundesbankpräsident Axel Weber Anfang der Woche im Kabinett, das Ausmaß der Verschuldung habe bereits „erhebliche ökonomische Auswirkungen“. Umso wichtiger sei ein verbindlicher Tilgungsplan. Im Bundestag legte sich Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ins Zeug. In ihrer Regierungserklärung zum Konjunkturpaket II erklärte sie: „Wer Schulden aufnimmt, muss sie zuverlässig tilgen. Wir haben übrigens beim Erb-

lastentilgungsfonds bewiesen, dass wir das können. Er wurde 1995 eingerichtet und hatte damals einen Schuldenstand von umgerechnet 171 Milliarden Euro. Jetzt ist er getilgt.“ Daraus erwache das Vertrauen, dass die Regierung die neuen Schulden „genauso tilgen, wie wir sie früher getilgt haben. Dafür stehe ich ein. Dafür stehen wir ein“, sagte Merkel.

Beim Konjunkturpaket II verschiebt die Regierung einen Teil der neuen Schulden, 21 Milliarden, gleichfalls in einen Tilgungsfonds. Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier (SPD) wollte hinter Merkel nicht zurückstehen. Er parierte einen Einwurf von FDP-Chef Guido Westerwelle, die meisten der an dieser Entscheidung Beteiligten würden die Tilgung nicht mehr erleben. Steinmeier erteilte Beifall mit seinem Hinweis: „Wenn ich mich recht erinnere, hat das Abtragen der Schulden des Erblastentilgungsfonds 14 Jahre gedauert. In 14 Jahren wäre ich 67 Jahre alt. Diese

Lebenserwartung muss mir auch die Opposition zugestehen.“

Zwei Wochen ist das her. Inzwischen erweist sich die Basis der Regierungserklärung als fragwürdig. Beim Erblastentilgungsfonds geht es um die Kosten der Einheit. Die Abwicklung der überwiegend maroden DDR-Staatsbetriebe kostete 104,6 Milliarden Euro, die ostdeutsche Wohnungswirtschaft stand mit 14,2 Milliarden in der Kreide. Aus Übergangskrediten kamen weitere 58,3 Milliarden Euro Schulden. Das sind im Wesentlichen die 171 Milliarden, von denen Merkel sprach.

Der Erblastentilgungsfonds wurde zunächst außerhalb des Bundesetats geführt, mit Zins und Tilgung bedient, dann von der rot-grünen Regierung 1999 als Unterpunkt der Bundesschulden in den Bundesetat übernommen. Alle Bundesbankgewinne über 3,5 Milliarden Euro flossen in den Topf, macht über zwölf Jahre 32,8 Milliarden. Ein großer

Batzen von 34 Milliarden Euro kam 2001 über die Versteigerung der Mobilfunklizenzen hinzu. Die Länder zahlten jährlich zunächst 143 Millionen, später weniger. Alles in allem sind Zuflüsse an den Fonds von knapp 70 Milliarden Euro zu verzeichnen. Es bleibt – ungeachtet der Zinslasten – ein Restbetrag von über 100 Milliarden Euro, der noch abzutragen wäre.

Der Erblastentilgungsfonds aber weist nur eine relativ geringe Restschuld von 55 Millionen Euro aus. Sie wird beinahe ausgeglichen durch Forderungen über 40 Millionen. „Seine Schulden sind somit faktisch abgebaut“, erläuterte der Parlamentarische Staatssekretär Karl Diller (SPD) im Parlament. Die Aussagen von Kanzlerin und Außenminister seien „korrekt“.

Tatsächlich aber werden die Deutschen noch lange an den Kosten der Einheit zu tragen haben. Denn um den Erblastentilgungsfonds auslaufen zu lassen, wurden neue Schulden aufgenommen. Im allgemeinen Sprachgebrauch nennt

man das Umschuldung, nicht Tilgung. Das schlägt sich auch im Anstieg der Bundesschuld von 1999 bis 2005 nieder.

Für FDP-Chef Guido Westerwelle steht fest, „dass der deutsche Bundestag von der Regierungschefin die Unwahrheit gesagt bekommen hat“. Bei Merkel komme gegenüber Steinmeier verschärfend hinzu, dass es sich um eine zwischen den Ministerien abgestimmte Regierungserklärung gehandelt habe. Er könne nicht glauben, dass Merkel das wissentlich gemacht habe, schiebt der FDP-Politiker den schwarzen Peter zum Finanzministerium.

Der FDP-Chef appellierte an die Regierung, die Sache richtigzustellen. Gelegenheit wäre morgen, wenn der Bundestag das Konjunkturpaket berät. Zu rechnen ist damit nicht. Ein Sprecher des Finanzministeriums nannte die Debatte „unverständlich“. Er vermutete dahinter den bewussten Versuch, die Öffentlichkeit zu verunsichern. Das sei „billiger Populismus“. Die Regierung habe nichts zurückzunehmen.



„Wer Schulden aufnimmt, muss sie zuverlässig tilgen“: Angela Merkel. afp